

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Zur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. Februar 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verammlungs-, Vergnügungsinserate um 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 18

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Gewerkschaftsrevue: Rückblick und Ausblick.
Korrespondenzen: Augsburg. — Bauen. — Breslau. — Darmstadt. — Strichberg i. Sch. (M.-M.). — Leipzig. — München (M.-M.).

Bundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Genossenschaftliche Produktion zur Abwehr gegen Preissteigerung der Druckarbeiten. — Französischer Grall gegen das deutsche Bud. — Umgehung des Postregals als graphische Schmuckkonkurrenz. — Die Brot- und Getreidepreise. — Die Entwicklung der Großhandelspreise im Jahre 1914.

□□□□ Gewerkschaftsrevue □□□□

Rückblick und Ausblick.

In sozialpolitischer Beziehung lieferten die beiden Hälften des Jahres 1914 eine sehr unterschiedliche Ausbeute. Soweit die erste Jahreshälfte in Betracht kommt, muß gesagt werden, daß das Ergebnis, vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, ein denkbar ungünstiges war. Zu Beginn des Jahres standen die Gewerkschaften vor heftigen Kämpfen mit der Staatsgewalt, die das Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiter fast ausschließlich mit Beschränkungen bedrohte. Die Bestrebungen auf Politischerklärung von gewerkschaftlichen Zentralverbänden, Versammlungsverbote und -auflösungen, das Verbot des Streikpostenfahrens durch Ministerialerlaß kennzeichneten die Situation im Gewerkschaftsleben während des ersten Halbjahrs, und Prozesse über Prozesse gegen Gewerkschaftsleiter waren die Folge davon. Zur Verschärfung des wirtschaftlichen Kampfes trugen ferner nicht zum wenigsten bei die Organe der Unternehmerverbände, denen es nicht gelang, daß die Gewerkschaften zu politischen Vereinen gestempelt werden sollten, um sie dem Vereinsgesetz unterstellen zu können. Man wünschte auf jener Seite vielmehr, daß seitens des Staates „zwecks gründlicher Bekämpfung des Feuers in der Stunde der Gefahr der ganze Brandherd unter Wasser gesetzt werde“. Sinter dieser blumenreichen Sprache verbergte sich der Wunsch nach einem Verbot der Gewerkschaften überhaupt. Dabei würden den Arbeiterverbänden infolge der steigenden Arbeitslosigkeit immer schwerere Opfer zugemutet durch die Unterfütterung der Arbeitslosen. Angehörig verfallte der Ruf nach staatlicher Arbeitslosenhilfe, nur wenige Gemeinden konnten sich der Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung aus kommunalen Mitteln nicht dauernd verschließen.

Die Bekämpfung der Gewerkschaften löste denn auch bemerkenswerte Kundgebungen aus. In Berlin z. B. erhoben im Mai v. J. 5000 Gewerkschaftsfunktionäre flamenden Protest gegen die Vergewaltigung der für ihre wirtschaftlichen Rechte kämpfenden Arbeiter durch verbreitete und ungerechte Anwendung der Gesetze und forderten die gesamte Öffentlichkeit auf, ihnen im Kampf um Recht und Wahrheit beizustehen. Dieser Postreie rief die Sozialpolitik auf den Plan. Auf einer bald danach abgehaltenen Tagung der Gesellschaft für Soziale Reform trafen die meisten Redner rückhaltlos für die Förderung der Gewerkschaftsbewegung ein. Einen Entzündungspunkt in den Reihen der Unternehmer erregten namentlich die freimütigen Ausführungen des Jenaer Universitätsprofessors Dr. Kehler, der sich mit dem Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Unternehmertum beschäftigte. Er wies darauf hin, daß die modernen deutschen Gewerkschaften weit über Deutschlands Grenzen hinaus vorbildlich geworden seien durch die Straffheit ihres Aufbaues, durch die Gewissenhaftigkeit ihrer Verwaltung, durch die unermüdete Fürsorge für ihre Mitglieder und durch die Erziehungs- und Bildungsarbeit an ihren Mitgliedern. Es sei den deutschen Gewerkschaften zum Ruhm anzurechnen, daß sie die Arbeiter vor dem Sozialismus, vor dem Anzuge der Sabotage und vor der direkten Aktion bewahrt, und daß sie in Deutschland das beste Tarifwesen der Welt ausgebildet hätten. In nachdrücklicher Weise trat der Jenaer Gelehrte für die Gewährung eines wirklich freien, uneingeschränkten Koalitionsrechts ein: „Die deutschen Gewerkschaften“, so führte er wörtlich aus, „haben eine zukunftsreiche erste Ranges geleistet und leisten sie, ohne daß ihnen jemand dafür dankt. Trotzdem schweben sie rechtlich in der Luft, sie stehen in rechtlicher Beziehung schlechter da als jeder kleine Reglerverein. Sie werden von der Rechtsprechung hart angefaßt — man will sie sogar unter den Erpressungsparagrafen stellen! —, sie werden von den Behörden schikaniert, von den mächtigen Unternehmerverbänden verfolgt und durch die künstliche

Züchtung von gelben Gewerkschaften in ihrer Arbeit gehindert. Ich bin überzeugt, daß die Behörden, die die freien Gewerkschaften in ihrer Wirksamkeit beeinträchtigen, dadurch nicht nur gegen das Interesse des Staates, sondern auch gegen das des Unternehmertums verstoßen. Ein Staat, der eine organisch gegliederte Bürgerchaft haben will und keinen bunt zusammengewürfelten Haufen von Steuerzahlern, ein Unternehmertum, das Wert legt auf eine disziplinierte Arbeiterchaft, diese beiden sollten gleicherweise ein Interesse haben an starken gewerkschaftlichen Verbänden.“ Solche zur Tat bereiten Mistfreier aus bürgerlichen Kreisen konnten sich die organisierten Arbeiter sehr wohl gefallen lassen.

Dem Erstke einer Zeit, wie sie schwieriger für die deutsche Gewerkschaftsbewegung kaum wiederkehren kann, trug auch der Münchner Gewerkschaftskongress hervorrangende Rechnung; er gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung für die Notwendigkeit der Arbeitslosenfürsorge und für die Verteidigung der Volksrechte. Schwere Auseinandersetzungen mit den öffentlichen Gewalten schienen bevorzustehen. Schon rechnete man mit der Wiederkehr einer neuen Reaktionsperiode entsprechend der Ara der alten Vereinseigenen und der längst verscharrten Suchtsauvorlage. Man war auf Verurteilungen, Organisationserschließungen und Abwehrkämpfe gefaßt und die politischen Spannungen in der Arbeiterklasse stiegen zusehends. Daß sich bei dem gewerkschaftsfeindlichen Verhalten der staatlichen Organe und sonstiger einflußreicher Kreise, wie es vor dem Krieg an der Tagesordnung war, die sozialpolitische Gesetzgebung zu besonderen Leistungen nicht aufschwüngen vermochte, ist erklärlich. Staatssekretär Delbrück forderte im Reichstage sogar eine „sozialpolitische Verdauungspause“.

Wie ganz anders gestaltete sich dagegen die zweite Jahreshälfte unter den Einwirkungen des blutigen Völkerringes! Kein Geringerer als der Reichskanzler Bethmann Hollweg selbst prieg Deutschlands Organisationskraft und Organisationskunst, die in immer neuen Formen kommenden Abeln vorzubeugen, vorhandene Schäden auszugleichen suche. Die früher verpönten Gewerkschaften werden heute mit ganz anderem Augen betrachtet, nachdem die von ihnen ausgehenden moralischen und wirtschaftlichen Machtwirkungen durch den Krieg besonders offenkundig geworden sind. Gemeinsam arbeiten jetzt Regierungen und Behörden mit den Gewerkschaften an der Lösung der sozialen Aufgaben, die die Kriegszeit mit sich bringt. Auch überall dort, wo es galt, das Aderwerk des schwer erkrankten Wirtschaftslbens wieder in Gang zu setzen, haben die Gewerkschaften hilfreiche Hand geleistet. Der ausgezeichnete Jahresrückblick des „Korrespondenzblattes“ stellte diese Wirksamkeit im Interesse des Gemeinwohls ins rechte Licht. Es wurde darauf hingewiesen, wie die Gewerkschaften die Arbeitsvermittlung für Entarbeiteten und Befestigungsarbeiten schaffen halfen, wie sie den Kriegerfamilien die erste Hilfe spendeten, bis der gemeindliche und staatliche Apparat sicher wirkte. Darüber hinaus waren die Gewerkschaften unermülich in der Durchsetzung öffentlicher Maßnahmen, den Verkehr von seinen militärischen Schranken zu befreien, Arbeitsgelegenheit zu schaffen und die Produktion zu heben; sie sorgten für Postdienstleistungen, trafen dem Lebensmittelmangel unverzüglich entgegen und führten den Erlaß von amtlichen Preisfestsetzungen herbei. Eine Großtat der Gewerkschaften aber ist die nachhaltige Unterstützung der Arbeitslosen und ihr energisches Wirken für gemeindliche und staatliche Arbeitslosenunterstützung. Hervorhebung verdient schließlich noch die unter tafkräftiger Mitwirkung der Gewerkschaften in den graphischen und verchiedenen andern Gewerben zustandegekommene Verständigung über die Förderung beruflicher Interessen sowie die Errichtung von Arbeitsgemeinschaften zur Beschaffung von Aufträgen für Arbeitgeber und von Arbeit für Arbeitnehmer. Ob die letzteren Schöpfungen den Krieg überdauern werden, das bleibt eine offene Frage; zu hoffen ist indes, daß wenigstens eine Stärkung der beruflich-paritätischen Arbeitsvermittlung aus der Zusammenarbeit erwächst. Mit Recht wurde kürzlich in einem sehr lehrreichen Artikel des „Korrespondenzblattes“, der sich mit den Konsequenzen der Arbeitslosenfürsorge in den Gemeinden beschäftigte, darauf hingewiesen, daß eine bessere Organisation der Arbeitsvermittlung unter entsprechender Mitwirkung der Gewerkschaften aufs innigste zusammenhängt mit der kommunalen Arbeitslosenfürsorge. In diesem Sinne dürfte unfres Erachtens nach die beim Kriegsbeginn in Wirksamkeit getretene Reichsarbeitszentrale auch nach dem Kriege noch zur Lösung bedeutungsvoller Aufgaben berufen sein.

Wer sich die von den Gewerkschaften bis in die jüngste Zeit hinein auf allen Gebieten uneigennützig geleistete Mit-

arbeit vor Augen führt, dem drängt sich wie von selbst die Frage auf: Wird man nach dem Kriege der verdienstvollen Tätigkeit der Gewerkschaften eingedenk bleiben und ihre fernere Wirksamkeit gerechter, d. h. weniger voreingenommen, beurteilen? Diese Frage heute schon mit einem Ja oder Nein beantworten zu wollen, wäre ebenso unbillig, als die Prophezeiungen der Schwarzseher für bare Münze zu nehmen, die sich darin einig sind, daß es dem werksfähigen Volke nach diesem Kriege genau so ergehen wird wie nach früheren kriegerischen Verwicklungen. Dabei begnügen sich diese Besessenen nicht damit, auf eine Zeit zurückzugreifen, die mehr als 40 Jahre hinter uns liegt, sondern sie ziehen sogar die Ereignisse nach 1813 zur „Beweisführung“ heran. Das Verständnis für die überall rafflos fortschreitende Entwicklung sollte es eigentlich schon verbieten, solcher Art von Beweisen besonderes Gewicht beizulegen. Allerdings rechtfertigen die sogenannten Freiheitskriege von 1813 die Erwartungen der unteren Volksschichten keineswegs, sondern steigerten ihre Rechtslosigkeit noch. Damit ist aber noch lange nicht erwiesen, daß auch das blutige Völkerringen von 1914/15 dieselben Folgen zeitigen wird. Das darf der Sinn dieses großen Sterbens nicht sein! Dagegen müßte jeder Volksgenosse ankämpfen, stehen, wo er will; besonders aber die Arbeiterchaft. Die Möglichkeiten, das durch die Arbeiterbewegung leitete Errungene festzuhalten, sind heute in weit höherem Maße vorhanden als vor über 40 oder gar 100 Jahren, wo überhaupt Arbeiterorganisationen noch nicht existierten. Aber es sprechen auch noch andre praktische Erwägungen gegen allzu pessimistische Auffassungen.

Die Kriegszeit hat nicht zu unterschätzende sozialpolitische Reformen mit sich gebracht, und wenn die Maßnahmen der Militärgevalt auch nur auf die Kriegsdauer berechnet sind, so werden sie es der Arbeiterchaft doch erschleichen, auf den vorhandenen Fundamenten weiterzubauen. Nur darf der feste Wille hierzu nicht von vornherein erschüttert werden durch den von Schwarzsehern geflüstert genährten Glauben an ein unabwendbares Mißgeschick des werksfähigen Volkes. Dieser Fatalismus erfährt mehr als gut ist eine Stärkung durch den Umstand, daß im allgemeinen zu anschauungslos und zu oberflächlich gedacht wird. Die meisten Menschen übersehen es, daß jede soziale und historische Wirkung in sich selbst die Ursache zur Veränderung des bestehenden Zustandes birgt, und daß jeglicher Fortschritt davon abhängt, in welchem Maße die Entwicklung beeinflusst wird. Das beste Beispiel hierfür bietet die Gewerkschaftsbewegung selbst. Von einem starken Eigenwillen in ihrer Entwicklung beherbercht, wurde hier jede Errungenschaft benutzt, um in konsequenter Tätigkeit einen neuen Erfolg vorzubereiten. Den gleichen starken Eigenwillen gibt es der zukünftigen sozialpolitischen Entwicklung nutzbar zu machen in der festen Überzeugung, daß die Sozialpolitik eines der besten Mittel ist zur geistigen, körperlichen und sittlichen Kräftigung des deutschen Volkes und zur wirtschaftlichen Stärkung Deutschlands. In seinem schon erwähnten Jahresrückblick sagt das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission mit Bezug hierauf:

Größeren Erwartungen dürfen wir auf sozialpolitischen Gebiet entgegensehen, da der Krieg nicht allein eine glänzend bestandene Probe auf die günstigen volkswirtschaftlichen und volkshygienischen Wirkungen der deutschen Sozialpolitik brachte, sondern auch das sozialpolitische Empfinden des Volkes allgemein gehräftigt hat. Staatliche Zwangsmaßnahmen, die vor wenigen Monaten noch völlig undiskutabel erschienen wären, werden heute nicht nur willig übernommen und ertragen, sondern von der Öffentlichkeit einer zögernden Regierung immer dringender nahegelegt. Das private Interesse erscheint schon fast wie eine Verflüchtigung am Gesaminteresse, und selbst das Privateigentum bildet heute nicht mehr ein so starkes Hindernis für soziale Maßnahmen wie ehemals. Vieles davon mag sich nach dem Kriege verflüchtigen, aber einen Niederschlag wird diese Zeit im deutschen Volksleben zurücklassen, nicht bloß in der Erinnerung an die gemeinsame Gefahr, sondern auch in der Erkenntnis der Nützlichkeit der Sozialpolitik für das Gemeinwohl. Denn nicht bloß im Kriege müssen wir stark sein, sondern auch der künftige Frieden verlangt ein starkes und gesundes Volkstum, und was diesem die Kraft verleiht, einer Welt von Feinden die Stirne zu bieten, das kann ihm auch in den Aufgaben des Friedens nur förderlich, nicht aber hinderlich sein.

Vor allem dürfen wir erwarten, daß aus der Arbeitslosenfürsorge der Kriegszeit sich eine dauernde, wohlgeordnete Arbeitslosenversicherung ent-

wieheln wird, die die Erfahrungen der ersten Krißis nicht in den Wind schlägt, sondern sich in erster Linie anlegen sein läßt, die Selbsthilfe der Arbeiter in ihren Organisationen zu berückichtigen und ihr einen hervorragenden Platz in der künftigen öffentlichen Verfassung einzuräumen. Wir rechnen darauf, daß die in der Stunde gemeinsamer Gefahr geschaffenen Einrichtungen nicht leichter Hand wieder preisgegeben werden, sondern daß sie zum Ausgangspunkt dauernder Werke des Friedens gemacht werden.

Für die Verwirklichung der gehegten Erwartungen wird viel davon abhängen, wie sich das Verhältnis der Regierung und der öffentlichen Gewalten zur Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und zum Koalitionsrecht im besondern späterhin gestaltet. Am weitgehendsten Versprechungen von vieles vermögenden Stellen fehlt es ja nicht. Das bekannte Wort des Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“ hat auch der Reichskanzler in seiner Reichstagsrede vom 2. Dezember v. J. feierlich übernommen und sich im übrigen für eine freiere innere Politik am Schlusse des Krieges persönlich verbindlich. An dieses Versprechen wird Herr v. Bethmann Hollweg zu gegebener Zeit in Presse und Parlament nötigenfalls erinnert werden. Erfolgt die Einführung nicht, lehnt es die Regierung wider Erwarten auch weiterhin ab, den vierten Stand in den politischen Körper der Nation zur schöpferischen Mitarbeit rechtlich einzuordnen, dann liegt die moralische Einbuße ausschließlich auf ihrer Seite. Mehr läßt sich darüber zurzeit nicht sagen.

Sicherlich wird sich kein gewerkschaftlich geschulter Arbeiter darüber im Zweifel befinden, daß nach der Beendigung des Krieges das auf inneren Gegenständen beruhende Ringen zwischen Arbeiterkraft und Unternehmerium aufs neue einsetzen wird. Die Frage ist nur, ob die Formen dieser Kämpfe nicht gemildert werden können durch gegenseitige Anerkennung der Organisationen und tarifliche Vereinbarungen der Arbeitsbedingungen. Es braucht fernerhin auch nicht mehr zu sein, daß die Staatsgewalt in entscheidenden Fragen nur auf die Seite der Mächtigen tritt, um die Starken noch stärker zu machen. Nach den öffentlich abgegebenen Versicherungen der höchsten Träger der Staatsgewalt darf man hoffen, daß die künftige Stellung der Regierung und der Behörden überhaupt zur Arbeiterbewegung eine gerechtere sein wird. Mehr verlangt die Arbeiterkraft zunächst nicht als Entgelt für ihre Treue und Opferbereitschaft, die sie dem Vaterland in schwerer Zeit entgegenbringt, weil sie sehr wohl begriffen hat, was für Deutschland auf dem Spiele steht.

Die Gewerkschaften kennen und achten das Gebot der Stunde und handeln danach. Im Interesse der Aufrechterhaltung des dringend nötigen inneren Friedens ruhen die Waffen. Das ist nicht selten, dafür sorgen die Urlichen der gewerkschaftlichen Aktion, die die Kriegszeit bestimmt überdauern werden. Selbst während des Krieges wirken diese Urlichen fort — was sich in der Auslieferung der Arbeiterbürger Fuharbeiter unföher erkennen ließ. — Wie der „Korrespondent“, das Verbandsorgan der Fuharbeiter, mitteilte, hob der Verband beim Beginne des Krieges den damaligen Streik auf, was zwar die Aufhebung der Auslieferung seitens der Unternehmer, aber keine Verständigung zur Folge hatte. Der Burgfrieden hinderte denn auch die Unternehmer der Fuhindustrie nicht daran, die Auslieferung von neuem zu verhängen, weil sich die Arbeiter weitgehend, einen verkehrteren Tarif anzuerkennen, der bis zum Jahre 1919 gelten sollte. Diese Auslieferung, die infolge Eingreifens der Gewerkschaften inzwischen abermals aufgehoben worden ist, lieferte den untrüglichen Beweis, daß sich die Arbeiterkraft nach wie vor in erster Linie auf ihre eigene Kraft verlassen muß, die in der Wehrhafterhaltung und dem machtvollen Ausbau ihrer Berufsorganisationen beruht.

Als erfreuliches Moment möge die Verständigung unter den Bergarbeiterorganisationen noch in unserm Ausblick Erwähnung finden. Vertreter der Vorstände des Bergarbeiterverbandes, des christlichen Gewerkschaftsvereins, der Polnischen Berufsvereinigungen und des Kirchlichen Gewerkschaftsvereins fanden sich am 20. Januar zu einer Besprechung zusammen. Insbesondere wurde die Frage der ausreichenden Förderung erörtert. Verschiedene Arbeiterbeschwerden, deren Abstellung in der gegenwärtigen Kriegszeit im wasserländischen Interesse liegt, führten zu dem Entschlusse, gemeinsame Schritte zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Bergbau zu unternehmen. Hoffentlich stehen die Führer der Christlichen diesmal fester zu ihrem Wort als beim letzten Zusammenwirken der Bergarbeiterverbände. Für die Einigkeit der Arbeiter in wirtschaftlichen Fragen zu sorgen, das liegt im Verste jeder Gewerkschaftsrichtung. Wenn man indes die Presse der christlichen Gewerkschaften daraufhin überblickt, dann stößt man überall auf Versuche, die allfälligen anmutenden Agitationspraktiken gegenüber den „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ wieder aufzunehmen. Peinlich berührt hat es die christlichen Organe offenbar, daß sich die maßgebenden Gewerkschaften, deren Aufwärtsstreben von einer freiheitlichen Weltanschauung getragen wird, den Aufgaben der Selbsthilfe zu müßiggelüßig anzupassen verstanden. Diese Tatsache kann jedoch nur solche Leute in Erschauen setzen, die es nicht wissen oder nicht wissen wollen, daß die Tätigkeit der freien Gewerkschaftsbewegung von jeher auf ein praktisches Ziel gerichtet war: auf die Eringung von Einfluß und Bedeutung im Wirtschaftsleben des Volkes. Organisationen, die ein solches Ziel erstreben, dürfen nicht grauen und widerspruchsvollen Theorien nachjagen oder sich von konfessionellen Nebenwegen ins Schlepptau nehmen lassen, sondern müssen den täglich sich vollziehenden Änderungen des wirtschaftlichen Lebens gerecht zu werden versuchen. Darin werden sich die freien Gewerkschaften auch in Zukunft von keiner Seite betören lassen.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Mugsburg. In der am 23. Januar abgehaltenen Generalversammlung gedachte Vorsitzender Edelmann vor Eintritt in die Tagesordnung unserer fest letzter Dezemberversammlung mit Tod abgegangenen Kollegen. Es waren dieses unser mehrjähriger Bibliothekar Anton Bauer, der um unsere Organisation verdiente Kollege Kaufner (Stuttgart), Kollege M. von Birch (München) und der auf dem Felde der Ehre gefallene Kollege Wachholz. Nach Erfüllung dieses Pietätsganges wurde zur Tagesordnung übergegangen. Unser „Neuaufnahmen“ konnten wir wieder einen Kollegen zur Aufnahme dem Geworftand empfehlen. Dem anschließend folgte der Jahresbericht unfres Vorsitzenden Edelmann, der Kasfenbericht unfres Kassierers Schmid und der Tätigkeitsbericht unfres Gewerkschaftsdelegierten Baumgärtner. Die Kasfenverhältnisse des Ortsvereins sind dank der Opferwilligkeit der Mitglieder als gute zu bezeichnen. Bis mit Ende 1914 wurden aus den freiwilligen Sammlungen für die Angehörigen der sich beim Militär befindlichen Kollegen 908,77 Mk. verausgabt. Nachdem unter „Vereinsmitteilungen“ noch verschiedene Angelegenheiten besprochen worden waren, schritt man zur Wahl des Vorstandes. Der Vorsitz und der Kassierersposten blieben in den heiligeren Händen. Vorsitzender Edelmann dankte dem alten Vorstande für das erprobliche Zusammenarbeiten und richtete an die Versammlung den Appell, auch im begonnenen Sturmbeugekriegsjahre freu und unentwegt zu unfre Organisation zu halten. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die den Verhältnissen entsprechende gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Baßen. Am 16. Januar hielt unser Ortsverein seine Jahreshauptversammlung ab. Vor Eintritt in die Verhandlungen gedachte der Vorsitzende mit ehrenden Worten unfres auf dem Felde der Ehre gefallenen jüngsten Kollegen Kurt Pöschke. Die Kollegen ehrten dessen Andenken in üblicher Weise. Hierauf wurde der Jahresbericht erstattet. In den beiden größten Druckerereien am Orte wurden infolge des Krieges Entlassungen vorgenommen, während die übrigen Kollegen wechselseitig aussehau mußten. Zum Glück trat bald wieder eine Besserung ein, so daß auch einige der Entlassenen wieder untergebracht werden konnten und einige einfließen in einen andern Beruf übertraten. Der im Felde stehenden Kollegen gedachte der Orts- und Bezirksverein dadurch, daß er diesen zu Weihnachten eine Liebesgabe überlieferte, während die Angehörigen der verheirateten Kollegen zu Weihnachten durch ein Geldgeschenk erfreut wurden. Den Jahreskasfenbericht erstattete Kassierer Bernhardt. Aus seinen Ausführungen konnte man entnehmen, daß das vergangene Jahr ein äußerst arbeitsreiches für den Kassierer war. Durch die verschiedenen Beitragsaufnahmen und das wechselseitige Aussehen war dem Kassierer eine Arbeit entstanden, der nur ein mit den Verbandsverhältnissen vertrauter Kollege gerecht werden konnte. Für seine Arbeit wurde ihm auch der Dank der Versammlung zuteil. Reges Interesse wurde der vorgelegten Überfundenstatistik entgegengebracht. In der Zeit vom 5. April bis 1. August wurden von 258 Kollegen 1320 Überfunden geleistet. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Neuwahl des Gesamtvorstandes. Auf Vorschlag aus der Versammlung wurde dem Gesamtvorstand anheingeegeben, in der jetzigen Kriegszeit durchzuführen und sein Amt noch ein Jahr weiterzuführen. Dem wurde zugestimmt und auch demgemäß beschlossen. Der Gesamtvorstand, soweit dessen Mitglieder nicht im Felde stehen, erklärte sich bereit, die Amter weiterzuführen.

Breslau. Die am 31. Januar im kleinen Saale des „Gewerkschaftshauses“ abgehaltene Generalversammlung hatte abermals die traurige Pflicht zu erfüllen, einer Anzahl im Felde gefallener Kollegen zu gedenken, und zwar der Kollegen Ernst Nieblich, Adolf Matthe, Joseph Kogolke, Hermann Scharf, Wilhelm Reichel, Franz Kahlert, Paul Scholz und Willi Steffen sowie des hier verstorbenen Kollegen Max Kirchberger. Zwei Mitglieder wurden unfrem Reihen zugeführt. Hierauf hielt Kollege Gedasje einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Das Rundendungswefen des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften“, in welchem er den Zweck, die Organisation und den Nutzen des Rundendungswefens eingehend erörterte und erneut auf die Notwendigkeit der Fortbildung der Mitglieder hinwies. Beschlössen wurde, den Extrabeitrag in bisheriger Höhe weiter zu erheben und den Ausgesessenen die Interfützung von 1 Mk. pro Tag über die Bezugsdauer von 91 Tagen hinaus weiter zu zahlen unter der Voraussetzung der dreijährigen Zugehörigkeit zum Ortsvereine.

v. Dorkmund. Die Generalversammlung unfres Ortsvereins fand am 24. Januar statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung hätte der Besuch besser sein können. In üblicher Weise ehrte die Versammlung das Andenken des im Kriege gefallenen Kollegen Emil Seidemann. Eine behaverliche Unfälle hat sich bei zwei heiligen Festungen herausgebildet, der Maternausausch. Fragen unfre Kollegen in dieser Zeit schon doppelt schwer, so erscheint diese Geschäftspraxis noch befremdlicher und in einem ganz besondern Maße, wenn man hört, daß es sich um die heilige „Arbeiterzeitung“ und das Dorkmund, „Tageblatt“ handelt. Das erste Organ vertritt die freien Gewerkschaften und das letztgenannte (freilich) duldet fest Jahren keinen freigesewerkschaftlich organisierten im Betriebe! Die Versammlung nahm davon Kenntnis und erhofft eine baldige Änderung dieses allgemeinen Mißstandes. Drei Mitglieder wurden wegen Reskten ausgeschlossen. Vom Vorsitzenden wurde der Jahresbericht erstattet. Bei Kriegsbeginn wurde eine Familienunterfützung eingerichtet. Die Witwen verstorbenen Kollegen erhielten wie stets eine Weihnachtsgabe.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden Kassierer, Schriftführer und Beifiser neu gewählt.

B. Hirschberg i. Ech. (Machinenmeisterverein.) Eine am 24. Januar angehaltene außerordentliche Versammlung war leider, da die Hälfte der Kollegen unter den Fahnen steht, nicht gut besucht. Einen kurzen Rückblick über das verlossene Jahr gab Stellvertreter Vorsitzender Burchert und übermittelte zugleich den Dank der im Felde stehenden Kollegen für die Liebesgaben sowie für die ihren Frauen gegebenen Weihnachtsgaben. An Stelle des eingezogenen Kassierers wurde Kollege Ernst Schur neugewählt. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten wurde am Schlusse der Versammlung dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß im neuen Jahre die Versammlungen recht rege besucht werden möchten.

Leipzig. Am 29. Januar hielt der Verein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießer ihre Monatsversammlung im „Volkshaus“ ab. Recht bemerkbar machte sich in dieser Versammlung das Fehlen eines Teiles derjenigen, die zu den ständigen Versammlungsbesuchern gerechnet werden konnten, jedoch ohne ihr eigenes Verschulden der Versammlung fernzubleiben gezwungen waren. Die 2054 Mitglieder, welche vom Gau Leipzig zu den Fahnen gerufen wurden, bilden auch in den Versammlungen eine hüßbare Rieche für das Vereinswefen. Leider sind bereits 86 brave Kollegen im Felde gefallen oder den erlittenen Verwundungen und Strapazen erlegen. Im Monate Januar wurden fünf Kollegen aufgenommen, zwei Mitglieder erklärten ihren Austritt, während wegen Festhaltens der Beiträge zwei Mitglieder ausgeschlossen wurden. Konditionslösungen waren am Versammlungstage insgesamt 552, in andern Berufen fünf 335 Kollegen. Da betrefis Erhebung der Extrabeitrag verschiedene Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertrauensleuten und den einzelnen Kollegen aufzage getreten sind, gab der Gesamtvorsitzende die nötigen Hinweise, dabei besonders betonend, daß es zweifellos Pflicht der Kollegen ist, auf Verlangen dem Vertrauensmann die nötigen Vorkausweise vorzulegen. Eine Sitzung des Gesamtvorstandes mit den Vorständen der Sparten und sonstigen kollegialen Vereinigungen habe sich notwendig gemacht, weil es teilweise unliebsam empfunden wurde, daß einige Separatvereinbarungen in letzter Zeit Extraaufstellungen zahlten. In dieser Sitzung, die sich durch eine freundschaftlich-kollegiale Aussprache auszeichnete, ist eine vollständige Einigung erzielt worden. In Zukunft soll die Auszahlung von Sonderunterfützungen nicht mehr stattfinden. Den Ausgesessenen, die unter der Kriegslage und der nebenhergehenden Teuerung am hüßbarsten zu leiden haben, soll beim Quartalswechsel wiederum eine Extraaufstellung gewährt werden. Aus dem Fonds, der aus freiwilligen Beiträgen der Sparten und der Kollegenschaft im allgemeinen geflossen wurde, konnten zu Weihnachten 1505 Mk. an die Ausgesessenen und Nichtbezugsberechtigten verteilt werden. Unter Hinweis auf die immer noch anhaltende gewerbliche Depression appellierte der Vorsitzende auch ferner an die Opferwilligkeit der Kollegenschaft, damit auch in Zukunft den Hilfsbedürftigsten etwas geholfen werden könne. An die Frauen der vom Heeresdienst Einberufenen sind anlässlich des Weihnachtsfestes 10180 Mk. zur Auszahlung gebracht worden, während die bezugsberechtigten Arbeitslosen und Invaliden insgesamt 4484 Mk. Weihnachtunterfützung aus Gausmitteln erhielten. Da einzelne Kollegen die Lage, in welcher sich der Verein gegenwärtig befindet, etwas zu optimistisch beurteilten, zeigte Kollege Engelbrecht an Hand von Gegenüberstellungen der Einnahmen und Ausgaben in den Monaten August bis Dezember 1913 und 1914, wie notwendig es ist, die außerordentlichen Ausgaben, die durch den Krieg herbeigeführt werden, durch außerordentliche Einnahmen wieder wettzumachen. Dem Monatsberichte, welcher ohne Debatte entgegengenommen wurde, folgte der Bericht des Kollegen Döberein über das verlossene Geschäftsjahr des Gewerkschaftskartells. In der Diskussion montierte Kollege Giebler die Haltung des Kartellausschusses in Sachen der Musikervereinigung, während Kollege Sesselbarth die Maßnahmen des Kartellausschusses in der Musikerfrage rechtfertigte. Hierauf wählte die Versammlung die alten Kartelldelegierten wieder. Als Stellvertreter wurden zwei weitere Kollegen gewählt. Trotz der Kälte, die sich in vorgerückter Stunde in dem Versammlungslokale recht hüßbar bemerklich machte, nahmen die Versammelten den über eine Stunde dauernden Vortrag des Kollegen Mlyau über „Die durch den Krieg bedingten Rechtsverhältnisse“ entgegen. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in der von ihm gewohnten klaren und bündigen Weise, wofür ihm lebhafter Beifall der Versammlung zuteil wurde.

München. (Machinenmeisterverein. — Vierjahresbericht.) Obwohl auch von unfrem Verein infolge des Krieges eine ansehnliche Zahl Kollegen zum Militärdienst eingezogen wurde, ist doch der Besuch der Versammlung ein verhältnismäßig zufriedenstellender. Die Oktoberversammlung hörte nach Erledigung der Aufnahmen und Vereinsmitteilungen einen technischen Vortrag des Kollegen Mäusebach über: „Bronzebrück und seine Haltbarkeit“, und die Anwesenden haben gewiß manche gute Anregung aus den interessanten Ausführungen mit nach Hause genommen. — In der am 5. Dezember abgehaltenen Versammlung wurde Beschluß gefaßt über die zu Weihnachten zu gahenden Unterfützungen für Arbeitslose und Angehörige von Kriegsteilnehmern. Kollege Seidner erläuterte hierauf in eingehender Weise den Geschäftsbericht der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft. Zum Schlusse fanden noch einige technische Anfragen ihre Erledigung. — Die Versammlung vom 23. Januar ehrte zunächst das Andenken der im Felde gefallenen Kollegen Anton Steininger, Karl Stoll und Falpar Said in üblicher Weise, worauf der Vorsitzende Kenntnis gab von einer Anzahl eingegangener

Geldpostkarten und -briefe, teils dankend für die vom Verein erhaltenen Liebesgaben. Anschließend hieran hielt Kollege Söldner den zur Einleitung der Vortragsreihe über die „Bügra“-Beschäftigung gedachten Vortrag über: „Halbzylindermaschinen und Zweitourenmaschinen“. Die Ausführungen, für die die Verammlungen großes Interesse zeigten, führten zu dem Schlusse, daß eben die Zweitourenmaschine stets nur für spezielle Arbeiten gebraucht werden könne, während die Halbzylindermaschine ihren Ruf als Unterfallmaschine nie verlieren werde, eine Verdrängung derselben also nicht wahrscheinlich sei. Der weitere Vortrag über die „Maneta“-Schneidpressen wurde auf die nächste Verammlung verschoben. Als angenehme Abwechslung gab zum Schlusse noch Kollege Neumeier einige Resitationen aus Werken von Freiligrath, Scholl, Rothensfelder und selbstverfaßte zum Besten, worauf Kollege Söldner die Kollegen ermahnte, auch in dieser schweren Zeit das Vereinsinteresse hochzuhalten und die Verammlungen fleißig zu besuchen.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Von Buchdruckern im Kriege. Für vorbildliche Tapferkeit und Pflichterfüllung im Kriegsdienst erhielten folgende Mitglieder unserer Organisation das Eiserne Kreuz: Georg Ribekohl (Berlin), Karl Heun (Wienburg), Theo Zimmermann (Wien), Rudolf Sabn (Hamburg), Johann Nep. Schmidt und Jakob Bacheler (Offenburg), Wilhelm Dühring (Neubrandenburg) und Max Müller (Widau). Damit haben bis jetzt 427 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erworben.

Genossenschaftliche Produktion zur Abwehr gegen Preissteigerung der Druckfarben. In Nr. 10 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ wird als bestes Mittel gegen ganz unbedingte Preissteigerung der Druckfarben ein Zusammenschluß der Verleger größerer Blätter zu Genossenschaften zwecks Errichtung eigener Druckfarbenfabriken empfohlen. Diese Selbsthilfe der Farbenerbraucher wird als unvermeidlich bezeichnet, da nach sachmännlichen Urteilen die gegenwärtige Preissteigerung der Farben als ungeheuerlich zu bezeichnen sei. Diese Erkenntnis der Berechtigung genossenschaftlicher Selbsthilfe in Unternehmenskreisen ist als sehr erfreulich zu bewerten, da deren Übertragung in die Praxis nur dazu beitragen kann, die Kosten der Hilfsmaterialien für das graphische Gewerbe herabzulegen und, was das Wichtigste ist, dem genossenschaftlichen Gedanken überhaupt gerecht wird. Die in Unternehmenskreisen schon oft verpönten genossenschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft als Konjunkturmittel dürften damit in Zukunft auch in diesen Kreisen weniger Gegenstand finden. Denn was den Unternehmern gerecht erscheint, kann auch den Arbeitern nicht verwehrt werden. Hier wie dort handelt es sich um die Genossenschaftsfrage, nur, um die Ausmerzung überflüssiger Vorkrießer, die die Produktion in unbedingter Weise belasten.

Französischer Groll gegen das deutsche Buch. Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, bemüht sich neuerdings der „Temps“, die französische Gelehrtenwelt gegen das deutsche Buch mobil zu machen. Seine Ausführungen sind um so interessanter, als sie ein unfeindliches Eingeständnis der Überlegenheit des deutschen Buches und der Regelmäßigkeit des deutschen Buchhandels in sich schließen. Das französische Blatt erkennt an, daß das deutsche Buch „ein tüchtiger Nebenbuhler“ des französischen Einflusses in der ganzen Welt und das Werkzeuge der „Annahme der Deutschen auf die intellektuelle Welt Herrschaft“ sei. Andererseits weiß er auf die Reclam-Ausgaben hin, die in bequemer Weise „für einen geradezu lächerlichen Preis“ die Überlegungen der Weltliteratur, sogar der chinesischen und japanischen, anbieten, und er fordert, daß die höheren Schulen Frankreichs von diesen „gereinigt“ würden. Über bei aller Abneigung gegen das deutsche Buch kann sich der „Temps“ doch nicht der Einfachheit verschließen, daß die weltweite Verbreitung der deutschen Schriftleiterausgaben, z. B. der lateinischen und griechischen, ihre guten Gründe hat. Wird man doch in der Hauptstadt Griechenlands, wenn man dort eine Homer-Ausgabe verlangt, mit der Teubnerschen bedient! Worin also liegt die Überlegenheit der Deutschen? Das Pariser Blatt antwortet: „Der französische Geist verhält sich aus seinem inneren Wesen heraus langwärtigen philosophischen Arbeiten gegenüber immer etwas widerpenflich. Dagegen besitzen die Deutschen in der genauen, kleinteiligen Vergleichung alter Handschriften mit kritischen Ausgaben seit altersher unerhörte Hilfsmittel aus Geduld und Ausdauer; daher auch die ungleichselbstige Verbreitung ihrer Bücher!“ Um sie zu bekämpfen, verlangt der „Temps“ nun nicht weniger als eine Organisation der wissenschaftlichen, besonders aber der philologischen Welt Frankreichs, wodurch allein diese „unernehliche Aufgabe“ Aussicht auf Lösung habe. Dann sollen auch noch die einflussreichen Autoritäten die Ausbreitung des französischen Buches in der Fremde fördern, und die Verleger Frankreichs sollen die Bücher zu günstigen Bedingungen verkaufen, während das kaufende Publikum aufgefodert wird, etwas mehr auszugeben, um das Werk der Befreiung vom deutschen Buche zu unterstützen. Der „Temps“ übertrifft gewiß nicht, wenn er die zu lösende Aufgabe als unermeßlich bezeichnet. Trotzdem wird man sagen dürfen, daß die Welt, wie der deutsche Buchhandel sich bisher den Weltmarkt erobert hat, hinsichtlich der Verschönerung deutscher Arbeitsleistung manches zu wünschen übrig läßt. Daß man z. B. viele deutsche Bücher in Paris und London billiger beziehen kann als in Berlin, Leipzig oder Stuttgart, ist jedenfalls mehr als eigenfichtlich und kommt einer Begünstigung ausländischer Bücherkäufer auf Kosten der inländischen gleich.

Umgehung des Postregals als graphische Schmutzkonkurrenz. Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet, daß seit längerer Zeit im Zürcher Bahnhofspostbureau die Beobachtung gemacht wurde, daß verschiedene deutsche Zeitungen im florierenden Hausverkauf vertrieben wurden, ohne daß dieselben durch die Post eingeführt wurden. Nach längerem intensiven Nachforschen ist es gelungen, eine umfangreiche Sendung zu konstatieren, die als Expeditionsendung nach Zürich spediert worden war. „Vielleicht“, so schreibt das genannte Blatt zu dieser Meldung, „gelingt es durch ziemlich gefasene Bühen, der das schweizerische Buchdruckerergewerbe schwer schädigenden Schmutzkonkurrenz endlich Herr zu werden“. Und wir sind der Meinung, daß es dem deutschen Zeitungsgewerbe in keiner Weise zur Ehre gereichen kann, wenn unter Nichtbeachtung der ausländischen Gesetze das Absatzgebiet mancher deutscher Zeitung zu erweitern gesucht wird. So gut wir in Deutschland den Vertrieb ausländischer Erzeugnisse nur unter gezielte gleichberechtigten Bedingungen anerkennen können und wollen, muß auch die Eroberung ausländischer Absatzgebiete die Beachtung der diesbezüglichen ausländischen Gesetze und Vorschriften voraussetzen.

Die Brot- und Getreidepreise. Wenn man das Verhältnis der Brotpreise zu den Getreidepreisen betrachtet, wie sie sich in allerjüngster Zeit gestaltet haben, so kommt man zu recht eigenartigen Ergebnissen. Bemerkenswert sind demnach, daß auf dem platten Land und auch in den kleineren Städten das Verhältnis wesentlich günstiger vom Standpunkte der Konsumenten ist. Für Berlin z. B. beträgt der Preis für eine Weizenmehl von 75 g 5 Pf., 100 kg Weizenbrot stellen sich demnach auf 66,66 Mk. Der Höchstpreis für Weizen stellt sich in Berlin auf 260 Mk. pro Tonne, so daß die Spannung zwischen Getreide- und Brotpreis rund 40 Mk. für 100 kg beträgt. Auf Grund langjähriger Beobachtungen ergibt sich, daß der Brotpreis in Berlin hochgerechnet um 22 Mk. über dem Weizenpreis stand. Wenn der Weizenpreis also 26 Mk. gilt, dürfte der Brotpreis auf höchstens 48 Mk. stehen. Da er aber auf 66,66 Mk. steht, so ist das genau so, als ob der Weizen 446,6 pro Tonne kostete und nicht 260 Mk. Die Verteuerung ist also trotz der Höchstpreise in einem Grad eingetreten, wie sie ohne Höchstpreise auch nicht stärker hätte eintreten können. Dabei ist zu bedenken, daß wir kein reines Weizengebäck mehr erhalten, sondern eine Backware mit starkem Roggenmehlsatz. Endlich sei noch bemerkt, daß ein Teil der Berliner Bäcker mit 5 Pf. nicht zufrieden ist, sondern von der Rundschaff schon 6 Pf. und darüber verlangt. Dadurch verlieren sich 100 kg Weizenbrot auf 80 Mk., was einen Weizenpreis von 580 Mk. pro Tonne voraussetzt, während der Höchstpreis bekanntlich 320 Mk. tiefer steht. Bei Roggenbrot ist die nämliche Erfahrung zu machen. Der Brotpreis ist trotz des Höchstpreises für Roggen ganz unglaublich gestiegen. Ein Pfund Roggenbrot kostet in Berlin zurzeit 25 Pf., 100 kg demnach 50 Mk. Die Spannung zwischen Brot- und Getreidepreis beträgt in friedlichen Zeiten höchstens 11 Mk. pro 100 kg. Da der Roggenhöchstpreis liegt auf 22 Mk. für 100 kg stellt, so wäre der normale Brotpreis 33 Mk. oder 16,5 Pf. für das Pfund Roggenbrot. Ein Laib von 3 Pfund müßte rund 50 Pf. kosten, tatsächlich kostet er aber jetzt 75 Pf. Die Brotpreise haben demnach eine Höhe, die einen Roggenhöchstpreis von 390 Mk. pro Tonne voraussetzt oder 170 Mk. mehr, als der geltende Höchstpreis beträgt. Auch hier fragt man sich, ob ohne die Festsetzung eines Höchstpreises die Preise wohl höher gestiegen wären. Man kann heute schon annehmen, daß zur Befreiung eines knappen Brotbedarfs eine Familie von 4 Köpfen mindestens 2 Mk. pro Woche oder 8 Mk. monatlich mehr verausgaben muß, was bei dem übri gen hohen Preisniveau am Warenmarkt eine ganz empfindliche Verteuerung bedeutet, die weder durch die Rücksicht auf die Getreidepreise noch durch einen höheren Aufwand von Arbeit gerechtfertigt ist. Mögen die Verhältnisse in andern Großstädten weniger kras liegen als in Berlin, jedenfalls ergibt sich auch hier, daß die geltenden Getreidehöchstpreise für die Höhe der Brotpreise gar nicht in Betracht kommen, daß die Brotpreise vielmehr eine Höhe erreicht haben, die allmählich bedingfügig für die Konsumenten wird. Inre Zeitungen sind voll von Betrachtungen über die wirtschaftlichen Verlegenheiten im feindlichen Ausland. Es wäre aber weit besser, wir würden uns mehr darum kümmern, wir wir den sich bei uns bildenden Verlegenheiten mit Erfolg entgegenzutreten können. Solche Verlegenheiten müssen aber entfallen, wenn die Brotpreise eine anormale Höhe erreichen. Die Bevölkerung kann nur knapp leben, muß knapp leben, aber das knappe Quantum muß die wenig bemittelte Bevölkerung zu mäßigen Preisen kaufen können, andernfalls kommen wir vom Regen in die Traufe. Knapp und dabei unerwünscht — das ist keine Preispolitik für Kriegszeit. Mögen die berufenen staatlichen und städtischen Instanzen, die nach den bisherigen Maßnahmen für die Verproviantierung der Bevölkerung verantwortlich sind, dafür Sorge tragen, daß die Preise für Brot ein Niveau einnehmen, das wenigstens einigermaßen den jetzt geltenden Getreidehöchstpreisen entspricht.

Die Entwicklung der Großhandelspreise im Jahre 1914. Wenn auch eine genaue Erfassung der Großhandelspreise in der Kriegszeit noch schwerer ist als in Friedenszeiten, so läßt sich doch immerhin auf Grund der vorliegenden amtlichen Notierungen über den ungefähren Grad der Preissteigerung ein Vergleich mit früheren Monaten und Jahren anstellen. Wohl ist zu berücksichtigen, daß die Festsetzung von Höchstpreisen nicht dafür bürgt, daß in Wirklichkeit nicht noch höhere Preise gezahlt werden müssen; in welchem Umfang aber die Umgebungen vorkommen und in welchem Grade sie den Höchstpreisen indirekt beeinflussen, das ist nicht abzuschätzen. Sieht man von dieser Fehlerquelle ab, so muß man sich wundern, wie wenig die

fünf Kriegsmo nate im Jahre 1914 den Jahresdurchschnittspreis einer aus 100 Tonnen prozentualer Zusammensetzung des gelamten Jahresumfanges aller Waren des Großhandels bestehenden Verbrauchseinheit gesteigert haben. Diese Verbrauchseinheit enthält entsprechend dem Jahresumsatz der durch den Großhandel im ganzen vertriehen Waren einen gleichen Prozentsatz auf je 100 Tonnen, d. h. beträgt die Gesamtheit aller durch den Großhandel umgeleiteten Waren z. B. 100 Millionen Tonnen und es entfallen davon 25 Millionen Tonnen auf Getreide, 10 Millionen Tonnen auf Fleisch, 30 Millionen Tonnen auf Metalle, 5 Millionen Tonnen auf Wolle usw., so werden eben die Preise von 25, 10, 30, 5 Proz. usw. des betreffenden Warenanteils von je 100 Tonnen in die Verbrauchseinheit eingestell; die Preissumme von 100 Tonnen dieser Sammelwaren, die in ihren Prozentteilen genau dem wirklichen Jahresverbrauch entsprechen, ergeben dann den sogenannten Warenpreisindex im Großhandel. Während nun z. B. das Jahr 1911 eine Steigerung von 3,06, das Jahr 1912 sogar eine solche von 12,37 Proz. gebracht hatte, beträgt die Steigerung im Jahre 1914 nur 0,15 Proz. Der Warenpreisindex stellte sich nämlich auf 6 383,66 Mk. für das Jahr 1914, gegen 6 373,99 für das Jahr 1913. Die Steigerung beträgt nur 9,67 Mk. Selbst wenn die zuvor erwähnte Fehlerquelle ziemlich stark ins Gewicht fielen, so würde dadurch die Preissteigerung noch lange nicht so groß sein wie z. B. im Jahre 1912. Das für das ganze Jahr 1914 noch so günstige Resultat der Preisgestaltung im Großhandel rührt in der Hauptsache daher, daß sich der Index in den Monaten vor dem Kriege ganz bedeutend unter dem Stande des Jahres 1913 hielt, und daß nur zwei Kriegsmo nate, nämlich der August und Oktober, außergewöhnliche Preissteigerungen gebracht haben. Für die einzelnen Monate der Jahre 1913 und 1914 stellte sich die Indexziffer in Mark wie folgt:

	1913	1914	1914 mehr oder weniger
Januar . . .	6 581,98	6 103,01	- 478,97
Februar . . .	6 499,71	5 992,58	- 507,13
März . . .	6 451,97	5 961,80	- 490,17
April . . .	6 326,01	5 972,47	- 353,54
Mai . . .	6 306,82	6 053,31	+ 253,51
Juni . . .	6 280,57	6 076,30	+ 204,27
Juli . . .	6 458,45	6 012,65	+ 445,80
August . . .	6 427,05	6 528,53	+ 101,48
September . . .	6 383,11	6 437,84	+ 54,73
Oktober . . .	6 303,48	7 080,42	+ 776,94
November . . .	6 241,36	7 128,73	+ 887,37
Dezember . . .	6 227,40	7 256,34	+ 1028,94

Eine erhebliche Steigerung des Preisniveaus setzte demnach erst von Oktober ab ein. Die ersten sieben Monate des Jahres 1914 hatten ein so großes Minus gegenüber 1913 gebracht, daß das Plus in den Kriegsmo naten fast wieder ausgeglichen wurde. Ja, der Jahresindex für 1914 bleibt sogar hinter dem des Jahres 1912 noch merklich zurück. Dieser beträgt nämlich 6709,16 Mk., war also noch um 325 Mk. höher als der des Kriegsjahres 1914. Im Monat Dezember ging der Index gegen November 1914 um 1,79 Proz. in die Höhe, hauptsächlich infolge einer Steigerung der Schlachtviehpreise. Petroleum ist ebenfalls im Preise gestiegen, während Kaffee etwas billiger geworden ist. Gegen Dezember 1913 zeigt der Index vom Dezember 1914 ein Plus von 16,52 Proz. Die höchste Indexziffer im Jahre 1912 war 7005,47 Mk. Dieses Preisniveau wurde im April 1912 erreicht. Gegenüber dieser in Friedenszeiten höchsten Monatsindexziffer war der Index vom Dezember 1914 um 250,87 Mk. oder um 3,58 Proz. höher. Die dauernde Verteuerung wird erst das Jahr 1915 bringen, da das Preisniveau im Januar gleich um etwa 12 Proz. höher einsteigt, als im Januar 1914. Nun ist aber für das Jahr 1915 noch mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen, die indes an Schärfe etwas verlieren, wenn man die bisherige Steigerung mit dem Niveau früherer Jahre in Vergleich zieht. Je nach den Maßnahmen, die zur Gestaltung und Beeinflussung der Preise getroffen werden, wird sich die Preissteigerung schroffer oder milder fühlbar machen.

Gestorben.

In Berlin Kommerzienrat Siegmund Borchardt (Sektorchef der Schriftgießerei W. Woellner), 73 Jahre alt. In Dresden am 1. Februar der frühere Buchdruckermeister Eduard Andreas, 78 Jahre alt.

In Hannover der Drucker Fr. Riecke, 50 Jahre alt. In Kassel am 6. Februar der Buchdrucker Bruno Gerold aus Greis, 30 Jahre alt — Lungenerkrankung. In Kiel am 5. Februar der Stereotypen Johannes Marsau aus Gaarden, 41 Jahre alt — Kehlkopfentzündung.

In Leipzig am 4. Februar der Steher Hermann Pfister aus Klotterlaubitz, 47 Jahre alt; am 6. Februar der Steher Paul Günther aus Bitterfeld, 40 Jahre alt — Nervenleiden.

In Neubrückum am 4. Februar der Buchdruckermeister Johann Grafheld aus Homfel, 38 Jahre alt.

In Wien am 26. Januar der Steher Robert Sandl, 28 Jahre alt; am 27. Januar der Drucker Franz Schröger, 57 Jahre alt. — Auf dem Felde der Ehre gefallen: Rudolf Schindorfer (S.).

Briefkasten.

M. S. in B.: Eingang wird dankend bekräftigt. — S. Sch. in A.: Am 10./2. nachmittags in unre Hände gelangt. — M. D. in C.: Gütig soweit, bis auf die offen gelassene Frage, ob die Prinzipale an jener Kasse bekräftigt

